

Finanzen

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

Auf einen Blick

Solide Finanzen von Land und Gemeinden sowie des Bundes sind eine wichtige Voraussetzung für eine gute Entwicklung der bayerischen Wirtschaft. Denn nur mit einer stabilen Haushalts- und Finanzlage ist der Freistaat langfristig in der Lage, weiterhin attraktive Standortbedingungen für Unternehmen und Fachkräfte zu schaffen.

Die Politik sollte am Kurs einer soliden, nachhaltigen Haushaltsführung festhalten. Die aktuell gute Finanzlage der öffentlichen Haushalte kann nicht als selbstverständlich angesehen werden. Deshalb muss die Finanzplanung auf Landes- wie auf Bundesebene so ausgerichtet werden, dass Steuern und Abgaben auch in konjunkturellen Krisen nicht erhöht werden müssen. Ansonsten würden sich wirtschaftliche Abschwünge verschärfen. Zudem gilt: Öffentliche Investitionen stärken den Wirtschaftsstandort im nationalen wie internationalen Wettbewerb. Hier sollten die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden.

Insbesondere folgende Leitlinien des finanzpolitischen Handelns sind der bayerischen Wirtschaft wichtig:

- Öffentliche Haushalte weiter konsolidieren
- Bund-Länder-Finanzen zukunftssicher umsetzen
- Finanzielle Basis der Kommunen sichern

Öffentliche Haushalte weiter konsolidieren

Die bisherigen Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – sowohl im Bund als auch auf Länderebene – beruhen insbesondere auf den konjunkturell bedingt hohen Steuereinnahmen sowie auf den niedrigen Zinsen. Diese besonderen Umstände sind jedoch nicht selbstverständlich. Auch ist angesichts des demografischen Wandels sowie der Kosten und Unwägbarkeiten aus der Migration eine vorausschauende Finanzpolitik notwendig. Der hierzu vom Freistaat beschrittene Weg weist in die richtige Richtung. Seit 2006 hat Bayern den Staatshaushalt ohne Neuverschuldung aufgestellt. Zudem wurde die Staatsverschuldung in den vergangenen Jahren abgebaut. Auch ist die für 2030 geplante Schuldenfreiheit grundsätzlich zu begrüßen.

Die Einhaltung der Schuldenbremse und damit stabile Haushalte sind auch ohne Steuererhöhungen möglich. Dazu bedarf es auf der Ausgabenseite jedoch strikter Disziplin. Investive Ausgaben wie für Infrastruktur und Bildung müssen gegenüber konsumtiven gestärkt werden, damit die Standortbedingungen für die Unternehmen verbessert werden können. Niedrige Zinsen rechtfertigen keine Kreditfinanzierung von staatlichen Leistungen, denn auch hierdurch werden die mittelfristigen Investitionsmöglichkeiten eingeschränkt.

Zudem sollten im Rahmen einer wachstumsfreundlichen Konsolidierungspolitik staatliche Aufgaben sowie Subventionen regelmäßig unter gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Aspekten auf den Prüfstand gestellt und nötigenfalls durch effektivere Lösungen ersetzt werden. Um Ineffizienzen zu vermeiden, müssen sich alle Ausgaben an messbaren Zielen orientieren und einer Wirksamkeitsprüfung standhalten. Andernfalls ist der Finanzierungsbedarf des Staates höher als nötig, was auch von den Unternehmen getragen werden muss.

Stimme der Wirtschaft

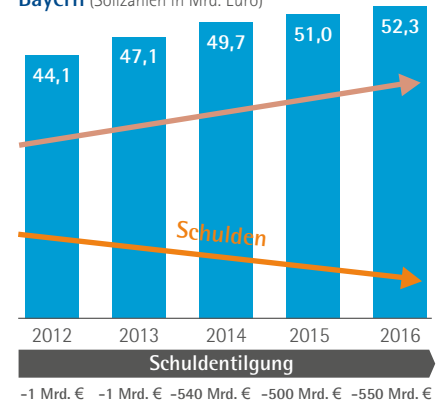
Solide öffentliche Finanzen schaffen finanzielle Spielräume für notwendige staatliche Investitionen, verringern die Gefahr zukünftig steigender Steuerlasten für die Unternehmen und setzen so Impulse für ein stabiles Wirtschaftswachstum.

Gerlinda Wanke, Leiterin der Steuerabteilung der Nürnberger Versicherungsgruppe, Vorsitzende des Finanz- und Steuerausschusses des DIHK, Vorsitzende des Rechts- und Steuerausschusses der IHK Nürnberg für Mittelfranken

Forderungen

- Weitere Haushaltskonsolidierung, insbesondere über die Ausgabenseite
- Weiterer Schuldenabbau
- Schwerpunktsetzung bei investiven Ausgaben
- Subventionscontrolling

Staatshaushalt und Schuldentilgung in Bayern (Sollzahlen in Mrd. Euro)



Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Neugeordnete Bund-Länder-Finzen zukunftssicher umsetzen

Nach jahrelangen Verhandlungen wurden 2017 die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ab 2020 neu geregelt. Das umfangreiche Gesetzespaket sieht vor, den Ländern künftig mehr Geld zuzuweisen. Im Gegenzug werden dem Bund mehr Kontroll-, Steuerungs- und Prüfungskompetenzen eingeräumt, etwa in der Steuerverwaltung. Derzeit unterscheiden sich die Finanzausstattungen der Länder noch erheblich – und damit deren Möglichkeiten, für eine gute und vor allem wettbewerbsfähige öffentliche Infrastruktur zu sorgen. Um im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sind die Unternehmen in allen Regionen Deutschlands und damit auch Bayerns hierauf angewiesen.

Die weitere praktische Umsetzung der neuen Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist deshalb für die bayerische Wirtschaft von großer Bedeutung. Sie sollte von den Leitgedanken „Wettbewerb und Solidarität“ geprägt sein. Die jeweilige staatliche Ebene sollte ihren Aufgaben mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung nachkommen. Dabei sollte bei der Zuweisung von Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung ein Gleichlauf angestrebt werden. Investitionen in die Wirtschaftskraft, z. B. für Infrastruktur und Bildung, müssen sich nicht nur für die gesamte Volkswirtschaft lohnen, sondern sich auch für die jeweiligen Länder selbst auszahlen. Zudem sollte zur Stärkung der Eigenverantwortung die Transparenz der Finanzbeziehungen weiter erhöht werden. Die bayerische Landespolitik sollte sich hierfür bei der weiteren praktischen Umsetzung der neugeordneten Bund-Länder-Finanzbeziehungen einsetzen.

Kommunalfinanzen sichern





Die Unterschiede in der kommunalen Finanzkraft nehmen zu. Zwar haben die bayerischen Kommunen im bundesweiten Vergleich insgesamt eine gute Haushaltslage mit hohen Investitionsausgaben und überdurchschnittlichen Steuereinnahmen. Aber auch im Freistaat gibt es Städte und Gemeinden mit finanziellen Schwierigkeiten. Maßnahmen der Länder wie insbesondere der kommunale Finanzausgleich sind hier nicht immer ausreichend, um fehlende Investitionen anzuregen. Damit besteht die Gefahr, dass Wirtschaftsstandorte an Attraktivität verlieren, wenn sich beispielsweise die Infrastruktur infolgedessen verschlechtert.

Hier sollte die Finanzierung für Aufgaben, die Bund und Länder den Kommunen zuweisen, sichergestellt sein. Insbesondere muss auf Anhebungen von Gewerbe- und Grundsteuer sowie auf neue lokale Steuern verzichtet werden, da sie die Wirtschaftsstandorte belasten. Zwar ist in Bayern – im bundesweiten Vergleich – die Belastung mit kommunalen Steuern derzeit insgesamt eher moderat. Jedoch gibt es auch im Freistaat Städte und Gemeinden mit überdurchschnittlich hoher Belastung für die Unternehmen, sodass hier die Lage im Blick zu behalten ist.

Außerdem sollte sich die Politik zur Sicherung der finanziellen Basis der Kommunen dafür einsetzen, dass die Gewerbesteuer abgeschafft und durch eine gewinnabhängige Kommunalsteuer mit eigenem Hebesatzrecht ersetzt wird, die nicht nur die gewerblichen, sondern alle in der Gemeinde wirtschaftlich Tätigen einbezieht. Dies schafft stabile wirtschaftskraftbezogene Einnahmen für die Gemeinden und stärkt zudem das traditionell starke Band zwischen Wirtschaft und Kommunen.

Durch eine Reform der Kommunalsteuern könnten auch derzeit bestehende Bürokratie- und sonstige Belastungen der Betriebe – die unter anderem aus der gesonderten Gewerbesteuerberechnung und aus ertragsunabhängigen Hinzurechnungen resultieren – verringert und hierdurch das Unternehmenssteuerrecht vereinfacht werden. Gerade auch vor dem Hintergrund der geplanten Einführung einer EU-weit einheitlichen Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer lassen sich die gesonderten Regelungen der steuerlichen Gewinnermittlung für Zwecke der Gewerbesteuer aus bürokratischen Gesichtspunkten nicht rechtfertigen.

Ansprechpartner:

Martin Clemens  089 5116-0  clemens@muenchen.ihk.de
 Jörg Rummel  089 5116-0  rummel@muenchen.ihk.de

Forderungen



- *Zukunftssichere praktische Umsetzung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen*
- *Stärkung der Eigenverantwortung*
- *Weitere Erhöhung der Transparenz*

Forderungen



- *Finanzierung von kommunalen Aufgaben, die durch Bund und Länder zugewiesen werden, sichern*
- *Gewerbesteuer durch gewinnabhängige Kommunalsteuer ersetzen*
- *Bürokratische und sonstige Belastungen der Betriebe verringern, auch mit Blick auf EU-rechtliche Entwicklungen*

Verwandte Themen



- *Bürokratie*
- *Steuern*



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter bihk.de/landtagswahl